

Das Recht der inneren und äußeren Sicherheit

Band 23

Digitale Versammlungsbeobachtung

**Verfassungs- und datenschutzrechtliche Grenzen
der Versammlungsüberwachung im digitalen Zeitalter**

Von

**Mario Martini,
Bianca Thiessen und Jonas Ganter**



Duncker & Humblot · Berlin

Mario Martini, Bianca Thiessen und Jonas Ganter

Digitale Versamlungsbeobachtung

Das Recht der inneren und äußeren Sicherheit

Herausgegeben von Prof. Dr. Dr. Markus Thiel, Münster

Band 23

Digitale Versammlungsbeobachtung

Verfassungs- und datenschutzrechtliche Grenzen
der Versammlungsüberwachung im digitalen Zeitalter

Von

Mario Martini,
Bianca Thiessen und Jonas Ganter



Duncker & Humblot · Berlin

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Die E-Book-Version dieses Titels ist im Open Access auf Basis einer CC BY-NC-ND
4.0-Lizenz (s. <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>) veröffentlicht und
unter <https://doi.org/10.3790/978-3-428-58287-7> abrufbar.

© 2023 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Satz: 3w+p GmbH, Rimpf
Druck: CPI books GmbH, Leck
Printed in Germany

ISSN 2199-3475
ISBN 978-3-428-18287-9 (Print)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ☼

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

Vorwort

Spätestens seit dem „Urknull“ der modernen europäischen Demokratie im Jahre 1789 gehören Versammlungen zu den prägenden Elementen eines lebendigen, demokratischen Gemeinwesens. Zu jener Zeit war es eine Mischung aus wirtschaftlicher Not und politischer Unzufriedenheit, die das Feuer der Französischen Revolution entfachte und die Menschen auf die Straßen trieb: Die Pariser Bürger verliehen ihrer Wut über steigende Brotpreise und die Reformunwilligkeit der absolutistischen Monarchie Ausdruck, indem sie in großen Scharen protestierend durch die Seine-Metropole zogen. Die Versammlung war die natürliche Form, die Meinung gemeinsam zu artikulieren und die neue „Herrschaft des Volkes“ buchstäblich „auf die Straße zu tragen“. Zugleich stürmten die Bürger in diesen Tagen nicht nur Gassen und öffentliche Plätze, sondern unter Einsatz von Waffengewalt auch die Bastille als Symbol des verhassten Ancien Régime. Bereits dieser Protest in der Geburtsstunde der modernen Demokratie entfesselte damit jenes Element, welches Regierungen noch heute fürchten: die Kraft des Körpers.

Versammlungen waren schon immer Symptom politisch polarisierter Zeiten. Es verwundert daher nicht, dass die Zahl der in Berlin angemeldeten Demonstrationen im ersten Jahr der Corona-Pandemie nicht gesunken, sondern sprunghaft angestiegen ist.¹ Einen unrühmlichen Tiefpunkt markierte im August 2020 der Versuch einer aufgebrachten Menschenmenge, gewaltsam in den Reichstag einzudringen.² Dieser Vorfall zeigt paradigmatisch den diffizilen Drahtseilakt, den demokratische Gesellschaften bewältigen müssen, wenn sie ihr Grundbekenntnis einlösen möchten, den Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung grundrechtsschonend zu gewährleisten: Sie stehen vor der Herausforderung, das Risiko eskalierender Gewalt bei Versammlungen einzuhegen, ohne zugleich kollektiv gelebte Meinungsfreiheit im Keim zu ersticken.

Im Zeitalter der Digitalisierung liegt es nahe, diese grundlegende Aufgabe auch mit Hilfe technischer Lösungen zu bewältigen. Moderne Überwachungsmethoden bergen das Potenzial, gewalttätige Störer frühzeitig von friedlichen Demonstranten zu separieren und damit präzise nur dort in ein Demonstrationsgeschehen einzu-

¹ Diese stiegen im Vergleich zu 2019 von 5.600 auf fast 7.000. Zugleich untersagte die Berliner Versammlungsbehörde viele Demonstrationen aber aus Infektionsschutzgründen, so dass die Zahl der durchgeführten Versammlungen letztlich nur um 5 % höher ausfiel, vgl. dazu *Anonymous*, „Zahl der Demos in Berlin deutlich gestiegen“, Spiegel Online vom 5.3.2021.

² Obgleich diese Aktion nicht mit einer bewaffneten Revolution zu vergleichen ist, so erzeugte es doch wirkmächtige Bilder, die wiederum selbst Teil des öffentlichen Diskurses um den Widerstand gegen die Corona-Politik der Bundesregierung wurden, vgl. *Peitz*, Sie brauchten nur dieses eine Foto, Zeit Online vom 31.8.2020.

greifen, wo es zwingend erforderlich ist. Doch so einfach und optimistisch sich diese Vision eines schonenden Umgangs mit Versammlungen auf den ersten Blick präsentiert, so viele Hürden sind auf dem Weg dahin zu nehmen. Mag das Auge der Staatsmacht auch mit schützender Intention auf die Bürger gerichtet sein, so bleibt der Staat doch eine machtvolle Instanz, von dessen schlichter Präsenz sich mancher schnell verunsichert fühlt.

Im Lichte dieser sich verändernden Lebenswirklichkeit macht es sich dieses Werk zur Aufgabe, den rechtlichen Rahmen auszuleuchten, den der Gesetzgeber in dem Koordinatensystem zwischen Grundgesetz, Datenschutz- und Unionsrecht der digitalen Kontrolle von Versammlungen gezogen hat. Es verfolgt dabei nicht das Ziel, alles in voller Breite zusammenzutragen, was Rechtsprechung und Wissenschaft bisher zur Versamlungsbeobachtung ans Licht der Erkenntnis gefördert haben. Es soll vielmehr einen ebenso gerafften wie präzisen Überblick über das vielschichtige Regelungsgeflecht für die digitale polizeiliche Versamlungsüberwachung vermitteln. Mit seiner übergeordneten Perspektive soll das Werk dazu beitragen, grundsätzliche Probleme und Herausforderungen des Rechts der digitalisierten Gesellschaft herauszuarbeiten.

Die Monographie nähert sich diesem Fragenkomplex zum einen aus einem verfassungsrechtlichen Blickwinkel an, indem sie die grundrechtlichen Konfliktlinien digitaler Formen der Versamlungsüberwachung konturiert. Zum anderen leuchtet sie aber auch die konkreten Vorgaben des Datenschutzrechts aus und untersucht, ob das bestehende polizei- und versamlungsrechtliche Regelungsregime dem Einsatz der verschiedenen Überwachungstechnologien hinreichende rechtliche Leitplanken entgegensetzt.

Das Werk ist aus dem deutsch-französischen Verbundprojekt OPMoPS (Organized Pedestrian Movement in Public Spaces) hervorgegangen, welches das Bundesministerium für Bildung und Forschung in den Jahren 2017–2020 gefördert hat.

Ein besonderer Dank gebührt Herrn Michael Kolain. Er hat das Projekt insgesamt begleitet und insbesondere wertvolle Gedanken zur Frage beigetragen, wie weit der Schutz der Versamlungsfreiheit auch in den virtuellen Raum hineinreicht. Weiterhin danken die Autoren den Forschungsreferent(inn)en Leonie Born, Martin Feldhaus und Vladyslav Rak für ihre hilfreiche und engagierte Unterstützung.

Speyer, im April 2022

*Mario Martini, Bianca Thiessen
und Jonas Ganter*

Inhaltsverzeichnis

A. Meinungsbildung auf der Straße als Objekt digitaler staatlicher Beobachtung	13
I. Digitalisierung der Überwachung: eine Dystopie ante portas?	14
II. Entwicklungslinien in Deutschland	16
1. Neue Technik – neue Gefahren für die Freiheitsausübung	16
2. Der präventive Sicherheitsstaat – eine Gefahr für die Versammlungsfreiheit?	18
3. Versammlungen zwischen demokratischem Hochamt und potenzieller Gefahrenquelle	20
B. Verfassungsrechtlicher Rahmen digitaler Versammlungsbeobachtung	22
I. Der Versammlungsbegriff im Wandel der technischen Möglichkeiten	22
1. Versammlungen zwischen individueller Freiheitsentfaltung und kollektiver Meinungsäußerung	23
a) Die Versammlung als Ausdrucksform persönlicher Selbstrealisierung in der öffentlichen Sphäre mit offenem Zweck (weiter Versammlungsbegriff)	23
b) Die Versammlung als Mittel politischer Freiheitsbetätigung (enger Versammlungsbegriff)	25
aa) Risiken eines engen Versammlungsbegriffs	27
bb) Meinungsbildung in öffentlichen Angelegenheiten als verfassungsrechtlicher Schutzgegenstand	29
cc) Zuordnung gemischter Veranstaltungen	31
dd) Rechtsfolgen	32
2. Anpassung des Schutzbereichs an die technische Entwicklung?	33
a) Virtuelle Versammlungen	34
aa) Körperlichkeit als Ausdruck sozialer Dynamik und Status normalis des Sich-Versammelns	35
bb) Verankerung der Körperlichkeit im Wortlaut sowie der Systematik der Verfassung?	40
cc) Lücken schließende Funktion anderer Grundrechte?	42
(1) Art. 10 Abs. 1 GG	43
(2) Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 1 GG	43
(3) Art. 9 Abs. 1 GG	44
(4) Art. 2 Abs. 1 GG	44
dd) Schlussfolgerungen	45
ee) Funktionale Äquivalenz als Gradmesser	46

b) Hybride Versammlungen	48
aa) Virtuelle Redebeiträge bei örtlich präsenten Versammlungen	48
bb) Digitale Organisation und Begleitung von Versammlungen	50
cc) Normative Einordnung	51
c) Zwischenfazit	52
II. Das digitale Auge des Staates als Bedrohung der Versammlungsfreiheit	52
1. Eingriffe durch Videoüberwachung und -auswertung	53
a) Chilling Effects	53
aa) Sensibilität der Versammlungsfreiheit gegenüber Einschüchterungseffekten	54
bb) Kritik am Konzept des subjektiv bestimmten Grundrechtseingriffs ...	56
b) Faktoren der Eingriffsschwere	57
aa) Reine Beobachtung vs. Aufzeichnung	57
bb) Offene vs. verdeckte Videoüberwachung	58
cc) Übersichtsaufnahmen vs. Einzelaufnahmen	60
dd) Streubreite und Anlasslosigkeit der Überwachung	61
ee) Art und Qualität der Daten	62
ff) Dauer der Überwachung und Speicherdauer	63
gg) Weiterverwendungs- und Verknüpfungsmöglichkeit	63
2. Spielarten digitaler Versamlungsüberwachung	64
a) Bodycams	65
aa) Ziele und Risiken	66
bb) Erste empirische Erkenntnisse	67
cc) Pre-Recording als neuralgischer Punkt	68
(1) Zielsetzungen	68
(2) Gesetzliche Regelungen in Bund und Ländern	69
(3) Verfassungsrechtliche Bewertung	69
b) Drohnen als Eye in the Sky	71
c) Intelligente Videoüberwachung	73
d) Soziale Medien	76
aa) Auswertung und Informationsgewinnung (Social Media Monitoring)	76
bb) Polizeilicher Twitter-Einsatz	79
III. Verfassungsrechtliche Grenzen staatlicher Überwachung von Versammlungen	80
1. Gesetzgebungskompetenz	81
2. Eingriffsgrundlagen für die Versamlungsbeobachtung	82
a) Überblick über die gesetzlichen Grundlagen	82
aa) Versammlungsgesetz des Bundes	82
(1) Kamera-Monitor-Verfahren	83
(2) Vorfeld- und Anschlussmaßnahmen	84
bb) Landesversamlungsgesetze	84

b) Befugnisnormen für neue Formen der Versammlungsüberwachung	87
aa) Bodycams	88
bb) Drohnen	92
cc) Intelligente Videoüberwachung	94
(1) § 12a VersammlG	94
(2) Spezifische Regelungen der Landespolizeigesetze	96
(3) § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 i. V.m. § 48 BDSG	97
(4) Zwischenfazit	98
dd) Soziale Medien	100
(1) Auswertung und Informationsgewinnung (Social Media Monitoring)	100
(2) Polizeilicher Twitter-Einsatz	103
3. Verhältnismäßigkeit des Einsatzes neuer Überwachungsinstrumente	107
a) Verhältnismäßigkeit einzelner Maßnahmen	108
aa) Bodycams	108
bb) Drohnen	109
cc) Intelligente Videoüberwachung	110
dd) Soziale Medien	113
(1) Social Media Monitoring	113
(2) Polizeilicher Twitter-Einsatz	114
b) Verhältnismäßigkeit additiver Grundrechtseingriffe: Überwachung als Panoptikum?	117
aa) Vertikale Belastungsakkumulation	118
bb) Horizontale Belastungsakkumulation	120
c) Recht auf Anonymität als Schutzkategorie?	123
d) Zwischenfazit	124

C. Datenschutzrechtlicher Rahmen der Versammlungsüberwachung 126

I. Polizeiliche Versammlungsüberwachung im Mehrebenensystem: die Richtlinie 2016/680/EU als Wegbereiter der Harmonisierung	126
1. Europäischer Datenschutz im nationalen Polizeirecht – eine unionsrechtliche Kompetenzüberschreitung?	127
a) Rückbindung des Art. 16 Abs. 2 AEUV an eine sonstige Unionskompetenz?	128
b) Art. 16 Abs. 2 AEUV als Auffangkompetenz für die binnenmarktferne Datenverarbeitung	129
2. Versammlungsüberwachung zwischen Europäischer Grundrechtecharta und Grundgesetz	132
II. Datenschutzrechtliche Anforderungen an polizeiliche Maßnahmen	136
1. Verhältnis zwischen Bundes- und Landesrecht	136
2. Datenschutzfestigkeit des Versammlungsrechts	137

3. Inhaltliche Vorgaben des Datenschutzregimes	139
a) Verarbeitungserlaubnis	139
aa) Die Einwilligung der Betroffenen als Rechtsgrundlage für Überwachung zwischen Grundrechtsverzicht und datenschutzrechtlicher Selbstbestimmung	140
bb) Gesetzliche Verarbeitungserlaubnis	141
b) Erhöhter Schutz für „besondere Kategorien personenbezogener Daten“	142
aa) Unbedingte Erforderlichkeit der Verarbeitung sowie geeignete Garantien für die Rechte Betroffener	143
bb) Gemengelage zwischen allgemeinen und besonderen Kategorien personenbezogener Daten	144
c) Verbot vollautomatisierter Entscheidungen	145
aa) Grundsatz	145
bb) Ausnahmen, insbesondere besondere Kategorien personenbezogener Daten und diskriminierendes Profiling	146
d) Privacy by Design and Default	148
e) Datenschutz-Folgenabschätzung	149
f) Lösungsgebot und sonstige Betroffenenrechte	150
g) Aufsichtsbehördliche Befugnisse	151
4. Versammlungen in der Corona-Pandemie: zwischen Versammlungs-, Datenschutz- und Infektionsschutzrecht	153
a) Versammlungen in der Pandemie: die Begegnung zweier Gefahrenpole	154
b) DSGVO oder II-RL? Maßnahmen der Pandemiebekämpfung im unionalen Datenschutzrecht	155
aa) Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO	156
(1) §§ 28, 28a IfSG: eine Rechtsgrundlage nach dem „Recht des Mitgliedstaates“ gem. Art. 6 Abs. 3 DSGVO?	157
(2) Sonstige Anforderungen des Art. 6 DSGVO an die Rechtsgrundlage	157
bb) Der Versammlungsleiter als (gemeinsam) Verantwortlicher i. S. d. Art. 4 Nr. 7 DSGVO	158
c) Zwischenfazit	159
D. Fazit	161
I. Überwachung und Einschüchterung als Gefahren für die Versammlungsfreiheit – analog und im Netz	162
II. Aus der Luft, am Boden und im Internet: technische Diversifizierung der Überwachung	163
1. Bodycams	163
2. Drohnen	163
3. Intelligente Videoüberwachung	164

4. Social Media Monitoring	164
5. Additionseffekte der Automatisierung	165
III. Versammlungsüberwachung im Transformationsprozess des europäischen Mehrebenensystems	165
IV. Ausblick	166
 Literaturverzeichnis	 168
Stichwortverzeichnis	192

A. Meinungsbildung auf der Straße als Objekt digitaler staatlicher Beobachtung

Sie gelten als das Hochamt der Demokratie: politische Versammlungen, Kundgebungen und Demonstrationen. Aus gutem Grund lässt das Grundgesetz dieser Verkörperung bürgerlicher Freiheit besonderen Schutz angedeihen. Auch mehr als 70 Jahre nach seiner Verbürgung in der Verfassung hat das Grundrecht der Versammlungsfreiheit nichts von seiner Strahlkraft eingebüßt. Gewandelt haben sich jedoch das gesellschaftliche Umfeld, in dem die Grundrechtsträger ihre Meinung kundtun, sowie das Spektrum der Möglichkeiten, Versammlungen konkret auszugestalten: Widerspruch und Proteste organisieren sich heute immer häufiger dezentral mit Hilfe sozialer Netzwerke. Sie wirken politisierend auf solche Menschen, die klassische Flugblätter in der Regel in der Jackentasche zerknittern lassen und an Plakaten mit Demonstrationsaufrufen wenig beeindruckt vorbeilaufen. Digitale Bühnen lassen auch Schülerbewegungen, wie „Fridays for Future“, ihre (politischen) Anliegen vergleichsweise unkompliziert und leicht wahrnehmbar in den öffentlichen Raum tragen. Auf diese Weise erweitert der digitale Wandel die Möglichkeiten der Bürger, ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit auszuüben, und stärkt dadurch die Vielfalt demokratischer Partizipation. Etablierte politische Strukturen und Entscheidungswege verlieren demgegenüber tendenziell an Einfluss.

Auch die staatlichen Sicherheitsbehörden haben das Potenzial digitaler Instrumente für sich entdeckt. Nicht erst seit den gewaltsamen G20-Protesten des Jahres 2017 in Hamburg gehen Bund und Länder immer häufiger dazu über, Gefahren für die öffentliche Sicherheit mit modernen digitalen Überwachungstechnologien einzuhegen.³ Was die einen als Gewinn für die innere Sicherheit verbuchen, lässt bei den anderen Sorgen um die ungestörte grundrechtliche Entfaltung der Versammlungsfreiheit als konstitutivem Element einer lebendigen Demokratie aufkeimen.

³ So hat die Hamburger Polizei mittels Gesichtserkennungssoftware gezielt nach G20-Tätern gefahndet, siehe dazu VG Hamburg, BeckRS 2019, 40195. Die dafür eingesetzte Datenbank entstand ab Juli 2017 und wurde schließlich im Mai 2020 gelöscht, vgl. die *HmbBfDI*, Polizei Hamburg löscht die im Zuge der G20-Ermittlungen erstellte biometrische Datenbank zum Gesichtsabgleich, 28.5.2020 sowie die Dokumentation des gesamten verwaltungsgerichtlichen Verfahrens (abrufbar unter https://datenschutz-hamburg.de/pages/anordnung_verf/).

I. Digitalisierung der Überwachung: eine Dystopie ante portas?

Eine dystopische Hintergrundfolie für Befürchtungen, die um rigide Maßnahmen im Namen der inneren Sicherheit sowie eine flächendeckende staatliche Überwachung und Kontrolle kreisen, liefert die Volksrepublik China:⁴ Seit einigen Jahren pilotiert das Reich der Mitte das denkwürdigste Kontrollinstrument der Menschheitsgeschichte. Ein elaboriertes „Sozialkreditsystem“ bewertet mithilfe von Algorithmen das soziale Wohlergehen jedes Einzelnen. Es soll die Bürger dazu anhalten, sich gesetzestreu zu verhalten und das Gemeinwohl zu fördern.

Zu diesem Zweck führt das System landesweit eine große Fülle privat und staatlich erhobener Daten zusammen und macht sie als Entscheidungshilfe nutzbar: Parameter, wie Familienstand, berufliche Leistungen, Straffälligkeit, Konsum- und Zahlungsverhalten, Kommunikationsmuster im Internet oder öffentlich geäußerte politische Kritik, sollen das Züngeln an der Waage des staatlichen Umgangs mit persönlichen Lebensentscheidungen bilden.⁵ Der „Informationsstaubsauger“ der chinesischen Regierung entfaltet seine Sogwirkung nicht nur online in sozialen Netzwerken oder via Verkaufsplattformen, sondern auch im öffentlichen Raum – insbesondere mit Hilfe von Videokameras, Sensoren und Gesichtserkennungssoftware. China baut dafür Systeme der strukturellen Videoüberwachung und des Social Media Monitoring⁶ verstärkt aus.

⁴ Bull, JZ 2017, 797 (797) hält die Rede von der Gefahr einer „Totalüberwachung“ (allerdings im Kontext privater Videoüberwachung) für eine unangebrachte Extrapolation aus bloßen technischen Möglichkeiten. Politische, rechtliche und soziale Rahmenbedingungen brächten im Kontext des demokratischen Verfassungsstaats keineswegs selbstredend eine Totalüberwachung hervor. Vielmehr verzerrt die dystopische Perspektive die Anwendungsmaßstäbe des Datenschutzes und verleite zu „schiefe[n], unausgewogene[n] Wertungen“, die notwendige Entwicklungen, etwa der effektiveren Strafverfolgung, verhinderten. Ob eine freiwillige Selbstbeschränkung des demokratischen Verfassungsstaats prinzipiell ausreicht, um freiheitsrechtlichen Bedenken zu begegnen, steht freilich auf einem anderen Blatt.

⁵ Wer bspw. unter Alkoholeinfluss Auto fährt, seine Rechnungen nicht rechtzeitig bezahlt oder schwarzfährt, läuft Gefahr, auf einer öffentlichen schwarzen Liste im Internet zu erscheinen; an ein schlechtes Scoring knüpft das System längst nicht nur eine gezielte öffentliche Prangerwirkung, sondern auch eine breite Palette verschiedener Wohlerhaltensmaßregeln: Geflistete müssen damit rechnen, keine Flugtickets mehr kaufen oder ihre Kinder nicht mehr auf eine Privatschule schicken zu können. Es drohen auch Nachteile bei der Einstufung für Krankenversicherungen, Beförderungen, der Kreditwürdigkeit oder bei der Hochschulzulassung – ein schlechter Score kann sogar in einen Arbeitsplatzverlust münden. Wer sich dem gegenüber ehrenamtlich engagiert, Blut spendet oder im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit motiviert und zuvorkommend auftritt, gewinnt Score-Punkte hinzu: Er wird bspw. bei der Wohnungsvergabe städtischer Gesellschaften bevorzugt, darf Bücher in der Stadtbibliothek kostenlos ausleihen und muss nicht per Vorauskasse bezahlen – auch bei dem Transport mit einem Flugzeug oder der Bahn sollen „soziale“ Bürger buchstäblich einfacher zum Zuge kommen. Vgl. Ankenbrand, China plant die totale Überwachung, FAZ.net vom 22. 11. 2017; Lee, die AAA-Bürger, Zeit Online vom 30. 11. 2017; Böge, Wie China seine Bürger erzieht, FAZ.net vom 21. 2. 2018.

⁶ Eine ausführliche allgemeine Beschreibung des Phänomens findet sich bspw. bei Martini, VerwArch 107 (2016), 307 ff.

Ein wichtiges Rad im Getriebe des staatlichen Kontrollsystems ist eine neue Generation von Überwachungskameras: Sie sind mit der technischen Funktion ausgestattet, Gesichter mit Behördendatenbanken abzugleichen, um gesuchte Personen zu identifizieren.⁷ Diese sog. Smart Cams melden bspw., wenn eine Person sich verdächtig häufig an einem Ort aufhält. Ca. 385 Millionen Smart Cams hatte die chinesische Regierung bis zum Jahr 2020 bereits installiert.⁸ Ergänzend kommen auch mobile Kameras zum Einsatz. In manchen Städten nutzt die Polizei etwa bereits in Sonnenbrillen integrierte Kameras mit Gesichtserkennungstechnik.⁹

Das chinesische Überwachungsnetzwerk soll nahezu alle öffentlichen Orte, beispielsweise Bahnhöfe und Parks, flächendeckend mit Kameras erfassen. Die intelligenten Systeme sind in der Lage, zu registrieren, wenn Gruppen sich (spontan) versammeln, und können diese dann gezielt und lückenlos beobachten – von der Vorbereitung der Versammlung über deren Durchführung bis hin zur Abreise der Teilnehmer. Den Augen des Systems bleibt kaum eine menschliche Handlung verborgen. Es ist geradezu dazu prädestiniert, im Wege einer Massenüberwachung auch ganze Bevölkerungsgruppen und ethnische Minderheiten, wie die Uiguren, einem repressiven Kontrollregime zu unterwerfen.¹⁰

Big-Data-Technologien, welche den kybernetischen Traum von einer besseren Gesellschaft Wirklichkeit werden lassen sollen, sind für die politische Stabilität Chinas wichtiger als jede andere Form der Überwachung: Prall gefüllte Datensilos, komplexe Algorithmen und intelligente Videokameras bilden elementare Bausteine des Machterhalts. Das Regime opfert damit letztlich den Privatheitsschutz auf dem Altar der Doktrin unbedingten Fortschritts der Gesellschaft. Nicht zufällig hat die politische Führung auch den bürgerlichen Protest in der chinesischen Sonderverwaltungszone Hongkong im Jahr 2020 zum Anlass genommen, um sich formierende Widerstandsbewegungen mit Hilfe seiner digitalen Überwachungsinstrumente so weit wie möglich bereits im Keim zu ersticken.¹¹

Das chinesische System der Massenüberwachung illustriert paradigmatisch, welche Bedrohung moderne Überwachungstechnik in den Händen eines autoritären Staates für die Freiheiten der Bürger entfalten kann, wenn er Kameras und Algorithmen in großem Umfang gleichsam als Waffe gegen bürgerliches Aufbegehren in

⁷ *Strittmatter*, Absolute Kontrolle, Süddeutsche Zeitung vom 1.2.2018, S. 3.

⁸ *Finsterbusch*, In diesen Städten stehen die meisten Überwachungskameras, FAZ.net vom 28.7.2020.

⁹ *BBC*, Chinese police spot suspects with surveillance sunglasses, BBC vom 7.2.2018; *Herbig*, Chinesische Polizei setzt Überwachungsbrillen zur Gesichtserkennung ein, heise.de vom 9.2.2018.

¹⁰ *Dorloff et al.*, Künstliche Intelligenz als Herrschaftsinstrument, deutschlandfunkkultur.de vom 20.4.2019.

¹¹ Siehe dazu *Lee*, Chinas digitale Überwachung reicht bis Hongkong, Zeit Online vom 7.9.2019.